

Bis Ende 2022 wurden 16.426.000 Kilogramm  
Spaltelementmüll in Deutschland erzeugt

## Kein Kilo entsorgt

Seit 1957 wurde in deutschen Atomreaktoren Uran gespalten und dabei Atom Müll erzeugt. Dieser ist unvorstellbar radioaktiv. Ein halbes Jahr nach Entnahme der verstrahlten Spaltelemente (verharmlosend Brennelemente genannt) aus einem AKW strahlen diese etwa 1 Milliarde Mal so stark wie ein Uranspaltelement vor dem Reaktoreinsatz. Das ist, als wenn ein 1 m hoher Baum auf 1 Millionen km Höhe wüchse. Nach einigen weiteren Jahren ist die Radioaktivität noch etwa 5 Millionen Mal so groß wie die von Uran. Dann klingt die Radioaktivität immer langsamer ab. Noch nach 1 Million Jahre ist sie viel höher als die von Uran. Allgemein: [Umweltlexikon](#). Über 99 % der Radioaktivität des Atom Mülls stecken in den Spaltelementen.

Bis Ende 2022 wurden in Deutschland laut Länderumfrage der GRS (Dezember 2024) in AKW etwa 16.426.000 Kilogramm dieses Spaltelement Mülls erzeugt. Jedes Betriebsjahr produzierte ein großer Leistungsreaktor rd. 27.000 Kilogramm hochradioaktiven Atom Müll. Dieser braucht mehrere Millionen Jahre um wieder auf das Radioaktivitätsniveau von Uran (25.000 Kernzerfälle je Gramm und Sekunde) abzuklingen.

### Gebrochene Versprechen, Lügen und Eingeständnisse

- 1955 empfahl im Bundeswirtschaftsministerium ein hoher Beamter: "Die unschädliche Abführung radioaktiver Abfallstoffe ist eine Aufgabe, die gelöst werden muss, bevor der Bau eines Reaktors in der dicht besiedelten Bundesrepublik vertreten werden kann." (Geo 3/2012)
- 1961 atomwirtschaft 6 Ausgabe Vor über 45 Jahren schrieb die atomwirtschaft, quasi die Verbandszeitung der Atomindustrie, die Atom Müllfrage sei erledigt.
- 28.9.1979 Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der KKW „*Sie (die Regierungschefs) bekräftigen den Grundsatz, dass die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet.*“
- 4.5.1983: Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Regierungserklärung bezüglich des Atom Mülls: „*Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden.*“
- 7.6.1983: Bundesminister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber am: „*Die Entsorgung im eigentlichen Sinn findet erst bei der Endlagerung statt.*“ („Wohin mit dem nuklearen Abfall?“, Okt. 83)
- 28.2.1997: Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. am: „*Entsorgung radioaktiver Abfälle gelöst*“
- 2000: Im Umweltgutachten 2000 des Sachverständigenrates, der ausschließlich aus von der Kohl Regierung berufenen Wissenschaftlern zusammengesetzt war, wurde festgestellt: „*Der Umweltrat hält aufgrund der Charakteristiken bestrahlter Brennelemente und der darin begründeten, in weiten Teilen ungelösten Entsorgungsprobleme eine weitere Nutzung der Atomenergie für nicht verantwortbar.*“
- 14.12.2001: Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die von CSU, CDU, FDP und PDS beschließt der Bundestag bei der Verabschiedung des neuen Atomgesetzes den Entschließungsantrag 14/7840: „*Die Verantwortung für die Endlagerung liegt beim Bund. Da die politischen Entscheidungen eine große Tragweite haben, sieht sich der Gesetzgeber in der Pflicht, die Arbeits- und Entscheidungsprozesse kontinuierlich zu verfolgen. Er beauftragt deshalb den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, ihm in der 15. Legislaturperiode einen nationalen Entsorgungsplan vorzulegen, in dem Sachstand, weiteres Vorgehen und ein Zeitplan für Entsorgung und Endlagerung dargelegt werden. Dieser Entsorgungsplan ist fortzuschreiben und dem deutschen Bundestag jeweils ein Jahr nach dem Zusammentritt vorzulegen.*“ ...Dies wurde nicht umgesetzt und die zuständigen Bundestagsabgeordneten haben sich nicht darum gekümmert. Bis zum Jahr 2010 sollte Klarheit über den oder die Standorte bestehen, die untertägig auf ihre Eignung als Endlager erkundet werden sollen. sollte ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb gehen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Grundproblem: Solche Langzeitaufgaben, die nicht wie Haushaltsaufstellungen

zu tagespolitischen Vorgängen und Beachtung führen, überfordern offensichtlich unsere bisherigen Demokratiefähigkeiten.

- Dezember 2002: Der AkEnd legt seinen wertvollen und lesenswerten Abschlussbericht vor. Darin werden wissenschaftlich begründete Vorschläge für die Auswahlkriterien zur Suche eines Endlagerstandortes gemacht sowie ein Auswahlverfahren vorgeschlagen, das auch demokratische Legitimität erlangt. Es soll ein geologisch best geeigneter Ort mit langfristiger Sicherheit gefunden werden. „Gesteinsausbildung und Gebirgsbau des Standortes sollen eine Isolation der Abfälle für einen Zeitraum in der Größenordnung von einer Million Jahren gewährleisten.“ Wenige Monate später lehnen sowohl CDU/CSU und FDP wie auch die Stromkonzerne die Mitarbeit in einer Verhandlungsgruppe auf Basis des AkEnd-Vorschlages ab.  
<http://de.wikipedia.org/wiki/AkEnd> [https://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/berichte/ne/langfassung-abschlussberichtakend.pdf?jsessionid=72C8BEADE7DA2EC07F467CCE841AD4C4.internet961?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/berichte/ne/langfassung-abschlussberichtakend.pdf?jsessionid=72C8BEADE7DA2EC07F467CCE841AD4C4.internet961?__blob=publicationFile&v=2)
- Januar 2003 Der Präsident König des Bundesamtes für Strahlenschutz mahnt bei einer Anhörung der GRÜNEN im bayerischen Landtag, dass das Jahr 2030 für die Inbetriebnahme eines Endlagers angesichts der bis dahin noch erforderlichen Forschungen und Arbeiten ein sehr ehrgeiziger Termin sei.
- 11.11.2005 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: *CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.*

---

[10.7.08 Homepage des AKW Gundremmingen am www.kkw-gundremmingen.de/kkw\\_e.php:](http://www.kkw-gundremmingen.de/kkw_e.php)

>> ... zeigt, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle technisch gelöst und ganz überwiegend gängige Praxis ist. Lediglich die Umsetzung des letzten Entsorgungsschritts, nämlich die Endlagerung an einem konkreten Standort, steht aufgrund politischer Einflussnahme noch aus.<<

---

- 17.7.2008 Zweifel an Gorleben  
Wolfram König, Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz-BfS, im Interview des Tagesspiegels am 17.7.08 „Manche behaupten, es gebe keine technischen Probleme mehr, nur noch politische. Aber das ist falsch. Selbst wenn wir heute die Erkundung weiterführen, wüssten wir erst mit einem Planfeststellungsbeschluss in 15 Jahren, ob der Salzdom von Gorleben wirklich geeignet ist.“
- 7.8.2008 Michael Sailer (Vorsitzender der neu eingerichteten Entsorgungskommission des Bundesumweltministeriums) im Interview des Deutschlandradios Kultur auf die Frage, ob man stark strahlendes, radioaktives Material überhaupt auf Dauer sicher unterirdisch lagern kann:  
*Es ist die einzige Möglichkeit, die wir haben. Man muss sich nur vorstellen, wenn man stark strahlendes Material über eine Million Jahre oberirdisch lagert, dann wird es garantiert freigesetzt. Unterirdisch, in einer guten Formation, an einer guten Stelle und technisch gut gemacht, haben wir durchaus eine Chance, dass das eine Million Jahre zurückgehalten wird.*
- 21.8.2008 Bundesumweltminister Gabriel: Endlagersuche erneut gescheitert  
*Er habe - gemäß Koalitionsvereinbarung - eigentlich erwartet, dass man sich über die Verfahrensschritte für eine spätere Erkundung alternativer Endlager- Standorte einigen könne, sagte er bei der Vorstellung des Strahlenschutzberichts ... Anfangs habe es noch die Unions-Bereitschaft gegeben, über das von ihm vorgelegte Endlager-Konzept zu beraten. »Das ist am Veto von Bayern und Baden-Württemberg gescheitert.*  
[Schwarzwälder Bote]
- 15.10.2008 CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Endlagerfrage ist lösbar. Unser heutiges Fachgespräch hat gezeigt, dass eine Lösung der Endlagerfrage möglich ist“. (Die Erklärung beruhigt nicht. Sie ist 25 ½ Jahre nach Kohls Entsorgungsversprechen ein Offenbarungseid.)

Wieder auf Null

- Nov. 2009. Koalitionsvertrag von CDU, CSU u. FDP: >Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle.<
- 30.9.10 Das Bundesumweltministerium veröffentlicht Sicherheitsanforderungen an Endlager.
- Juni 2011 Günzburger Erklärung:  
Auf Vorschlag der Bürgerinitiative FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare

Energiepolitik e.V. unterzeichnen einige Vertreter von Parteien und Umweltgruppen Schwabens die Günzburger Erklärung. Unter Punkt 2 heißt es: „*In Deutschland soll nach wissenschaftlichen Kriterien ernsthaft der best geeignete Ort für ein unterirdisches Endlager transparent und demokratisch gesucht werden.*“

- 3.6.2011 Bundeskanzlerin Merkel: „*Wir haben verabredet, dass bis zum Jahresende hierzu [Endlagersuche] eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.*“
- Sommer 2013-Frühjahr 2014: Neuer Anlauf  
Bundestag und Bundesrat beschließen, nachdem zuvor die Fukushima-Katastrophe zu einem Atomwiederausstiegsbeschluss geführt hatte, mit fast allen Stimmen von CDU/CSU/FDP/GRÜNEN/SPD ein Standortauswahlgesetz (STandAG), „*das in den kommenden Jahren die ergebnisoffene Suche nach einem geeigneten Standort zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland und die politische Durchsetzung der getroffenen Auswahl ermöglichen soll.*“ <https://www.energie-chronik.de/130601.htm> Danach wird eine Endlagerkommission eingesetzt, die erneut einen Vorschlag für den Prozess zur Suche und Auswahl eines Endlagers machen soll. Im Frühjahr 14 wird immer noch um die Kommission gestritten. Die Regierenden sehen nicht ein, dass vor der konkreten Standortsuche erst ein nationaler Kraftakt zur Aufklärung über das riesengroße aber verdrängte Atommüllproblem notwendig ist. Sonst wird an jedem denkbaren Standort ein Aufstand beginnen, alles blockieren und die viel zu gefährliche Zwischenlagerung dauert noch wahnsinnig lang. Aber auch die großen Umweltgruppen und –verbände verlieren vor lauter Taktieren gerade in der nachrangigen Frage der Besetzung der Endlagerkommission die Gefahren des oberirdisch lagernden Atommülls aus dem Auge.

---

*SIND WIR NICHT IN DER LAGE, IM POLITISCHEN DISKURS EINEN GUTEN WEG ZU FINDEN?  
TSCHERNOBYL BRACHTE 1986 DIE MEHRHEIT IN DER SPD AUF DEN AUSSTIEGSKURS. IM  
JAHR 2011 FÜHRTE FUKUSHIMA DAZU, DASS AUCH IN CDU UND CSU DIE MEHRHEIT DEN  
AUSSTIEG WOLLTE. WIRD AUCH IN DIE ENDLAGERFRAGE ERST BEWEGUNG KOMMEN, WENN ES  
BEIM ATOMMÜLL „IRGENDWO KRACHT“?*

---

.... 4

- 17.5.2013 Michael Sailer, der seit vielen Jahren in wechselnden Rollen Chefberater der Bundesregierungen in Atommüllfragen ist und dessen Ökoinstitut auch als Gutachter für die Genehmigung der Zwischenlager tätig war, sagt im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung: „*Die Castor-Behälter halten 40 Jahre sicher, eventuell 50 bis 60 Jahre. Aber sie sind jetzt schon nicht terrorfest: Es gibt technische Möglichkeiten, sie kaputt zu kriegen, wenn man das will. Das Modell der Zwischenlagerung funktioniert nur in einer garantiert friedlichen und wohlhabenden Welt, in der der Staat hohe Autorität hat – so dass der Zaun respektiert wird, der vor dem Zwischenlager steht.*“
- 8.9.2014 Bundesumweltministerin: Zwischenlager länger als 2050 Im Deutschlandradio sagt die Bundesumweltministerin Hendricks: „*Und diese Zwischenlager werden wir alle brauchen. Denn wir werden frühestens im Jahr 2050 damit beginnen können, das dann endlich gefundene Endlager zu befüllen. Und es wird auch mehrere Jahrzehnte dauern, bis dann tatsächlich der in Deutschland angefallene Atommüll auch in das Endlager verbracht wird. Also, in Wirklichkeit wird erst zum Ende dieses Jahrhunderts das letzte Zwischenlager aufgelöst werden können.*“
- April 2015 Aus der Endlagerkommission heißt es: Das Ende der Atommüll-Einlagerung - also das Einbringen des letzten Atommüll-Behälters - erwarten die Experten demnach erst „*zwischen 2075 und 2130*“ und den „*Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks zwischen 2095 und 2170 oder später*“.
- März 2017 Bundestag beschließt Neufassung des Standortauswahlgesetzes. <https://www.energiechronik.de/170301.htm> und legt damit ein Verfahren zur Suche, Festlegung und zum Bau eines Endlagers in Deutschland fest.
- Herbst 2018: CSU und Freie Wähler schreiben in München in ihren Koalitionsvertrag: „*Wir denken beim Schutz unserer Heimat über Generationen hinaus. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.*“ Da Bayern sowohl den meisten Atommüll erzeugt hat wie auch in dünnen Castorhallen oberirdisch gefährlich lagert, ist diese Aussage skrupellos. Und sie ist dumm: Wenn alle Regierungen oder auch Kreistage in Deutschland so denken, wird kein Endlager in Deutschland gefunden werden und der tödlich strahlende Atommüll bleibt in den oberirdischen Zwischenlagern. Mit den Jahrzehnten werden die Castoren undicht und die Strahlung in die Umwelt entweichen.

- Herbst 2018 Viele Anti-Atom-Gruppen beschränken sich auf die Forderung nach mehr Beteiligung. Diskussionen, wie die Endlagerung beschleunigt und wie die noch notwendige Zwischenlagerung weniger gefährlich gemacht werden kann, wollen sie grundsätzlich nicht führen. [Strahlentelex 12.2018](#)
- 28. Sept. 2020 Die BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH) legt einen Zwischenbericht vor, welche „Teilgebiete“ in Deutschland nach vorliegenden Daten für ein Endlager in Frage kommen. Da sehr viele Gebiete aufgeführt sind, müssen sich jetzt viele Bürger/innen mit unserem Atommüllerbe befassen. Und überall schlüpfen Kommunalpolitiker in die Heimatschützerrolle und klauben Argumente zusammen, warum bei ihnen kein Endlager möglich sei. Stimmen „wir müssen ein Endlager in Deutschland bauen“ sind kaum zu hören.
- Juli 2023 Der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit nuklearer Entsorgung Wolfram König fordert, dass die Festlegung des Endlagerortes bis 2046 geschehen muss. Und nicht, wie die BGE verkündet hat, zwischen 2046 und 2068. Zugleich macht er die Rechnung auf, dass dann 20 Jahre für Planung, Genehmigung und Bau und weitere 30 – 40 Jahre für die Einlagerung erforderlich seien. Das hieße: Frühestens im kommenden Jahrhundert würde die gefährliche oberirdische Zwischenlagerung beendet. Wahnsinn!
- 15.10.2021 Der langjährige Vorsitzende der Entsorgungskommission Deutschlands Michael Sailer sagt auf der Jahreshauptversammlung der BI FORUM, dass eine Räumung der Zwischenlager frühestens 2080 abgeschlossen sein wird.
- Nov/Dez 2022 Die BGE verkündet, dass der Termin für die Endlagerung weit nach hinten verschoben wird. Dies löst kaum ein Echo aus.
- 17.1.2024 Der Bay. Ministerpräsident sagt im Bay. Fernsehen in der Sendung ‚jetzt red i‘ auf eine Bürgerfrage „Wo in Bayern hätten Sie gerne das Endlager für den Atommüll?“. *„Gute Frage – aber eine noch bessere Antwort. In den USA werden neue Atomreaktoren gebaut, die den Atommüll verarbeiten. Wir dagegen planen Atommüll-Endlager für eine Million Jahre Haltbarkeit.“* Söder drückt dann mit weiteren Worten aus, dass dies Stuss sei. Man könne das Atommüllproblem mit Technik lösen. Damit stellt er den Konsens von CDU/CSU/FDP/GRÜNEN/SPD vom Juli 2013 und dann am 5. Mai 2017 im [Standortauswahlgesetz](#) ausgeführt nach fünf Jahrzehnten vergeblicher Suche nach einer Lösung des Atommüllproblems gemeinsam ein Endlager zu suchen, wieder in Frage.
- 7. Aug. 2024 Der Deutschlandfunk bringt ans Licht, dass ein Gutachten des Ökoinstituts für das BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) prognostiziert, dass im günstigsten Fall im Jahr 2074 ein Endlagerstandort festgelegt sein wird.
- Nov. 2024 Beim 3. Endlagerforum in Würzburg weist Iris Graffunder, Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, darauf hin, dass nach Auswahl des Standortes dieser noch genehmigt und die Genehmigung möglicherweise zu jahrzehntelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen führen könne. Für den Antransport, das Umpacken und die Einlagerung brauche man dann mindestens weitere 40 Jahre.
- Feb. 2025 Die Transmutation, also die kerntechnische Umwandlung von in den Atomreaktoren bei der Uranspaltung durch Neutroneneinfang zwangsläufig auch entstehender Stoffe mit extremen Halbwertszeiten wie Americium, Neptunium oder Plutonium, ist seit Jahrzehnten ein Entsorgungsversprechen der AKW-Befürworter\*innen. Bei einem [Expertengespräch von acatech](#) (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) über „den Stand der Forschung und die Perspektiven“ sagt der führende Transmutationsbefürworter [Prof. Bruno Merk](#): *„Transmutation ist aus wissenschaftlicher Sicht machbar, aber die technische Realisierung von Transmutation ist – so zeigt sich – doch schwieriger als gedacht“*. Der [Physiker Prof. Armin Grunwald](#) (ITAS Karlsruhe) sagt: *Transmutation ist derzeit vor allem ein rhetorisches Instrument der Politiker für den Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie*.
- 16.5.2025 In Sontheim an der Brenz diskutieren wir mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (base) - Wolfram König - wie die Endlagerung beschleunigt werden kann, um die megariskante oberirdische Zwischenlagerung zu überwinden, da der Bundestag das Standortauswahlgesetz bald reformieren muss. Bisher hatten wir die regionalen zuständigen Bundestagsabgeordneten eingeladen: A. Engelhard (CSU), C. Schmid (SPD), R. Kiesewetter (CDU), C. Roth (GRÜNE). Nur h. Kiesewetter reagierte
- Januar bis März 2025 BGE und BASE machen respektable Überlegungen, wie die Endlagersuche beschleunigt werden kann. Doch selbst damit würde die megariskante oberirdische Zwischenlagerung voraussichtlich in diesem Jahrhundert nicht überwunden.
- Sommer 2025 Der Entwurf des Bundesumweltministeriums für die der EU-Kommission spätestens alle zehn Jahre vorzulegende Fortschreibung des Nationalen Entsorgungsprogramms zeigt weder in der Analyse des bisherigen Versagens bei der Endlagerung noch bei der Darstellung von Maßnahmen zur Beschleunigung Fortschritte. (S. Eintrag 14.12.2001) Folgeschweres Regierungsversagen!
- 7.8.2025 Die Geschäftsführerin der Bundesgesellschaft für Endlagerung sagt, die BGE wolle bis 2046 den Standort für ein Endlager gefunden haben.

- März 2026 Anhaltendes Staatsversagen: im Entwurf für die erforderliche Überarbeitung des Stand AG SOLL DAS DATUM FÜR DIE FESTLEGUNG DES ENDLAGERSTANDORTES aufgehoben werden. Die regional zuständigen Bundestagsabgeordneten von CSU, CDU, SPD, und GRÜNEN reagieren wiederum nicht. Ihre Parteien auch nicht. Aus Staatsversagen wird Demokratiever sagen
- IV. Quartal 2027 soll die BGE nach § 14 StandAG [5-10](#) Standortregionen in Deutschland benennen, die geeignet für ein Endlager erscheinen. Diesen Vorschlag muss das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bewerten und so an die Bundesregierung weiterleiten. Anschließend müssen Bundestag und Bundesrat per Gesetz beschließen, welche Standortregionen in Phase II des Standortauswahlverfahrens über t ä g i g auf ihre Eignung untersucht werden sollen.

#### AKW Gundremmingen

Bis Ende 2021 wurden vom AKW Gundremmingen in den drei Blöcken A, B und C etwa 2.069.000 Kilogramm hochradioaktiver Müll produziert.

(GRS: „Entsorgung abgebrannter Brennelemente aus den Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland Ergebnisse der L ä n d e r u m f r a g e zum Stichtag 31.12.2022“, Tab. 2.3.)

Schwach- und mittelradioaktiver Müll sogar ein Mehrfaches. Bis heute ist kein Kilo entsorgt – alles nur zwischengelagert! Ein Verbrechen an unseren Nachkommen!

---

*Tag für Tag wurden auch in den deutschen AKW-Blöcken jeweils ca. 70 Kilo Spaltelementmüll produziert. Und darin steckt jedes Mal mehr langdauernde Radioaktivität als in allen 126.000 Atommüllfässern der Asse zusammen ist. Jeder Reaktor erzeugte durch die Uran- und Plutoniumspaltung also täglich etwa 1½-mal „Asse“.*

*Dazu noch schwach- und mittelradioaktiven Müll.*

*Der hochradioaktive Müll Deutschlands lagert in Castoren. Das ZL Gundremmingen ist für 192 Castoren genehmigt. In einem einzigen Castor steckt 900-mal so viel Radioaktivität wie insgesamt im Versuchsendlager Asse II, in das 126.000 Atommüllfässer gekippt wurden.*

---

Fehlerhinweise oder Verbesserungsvorschläge bitte an: [r.Kamm@anti-akw.de](mailto:r.Kamm@anti-akw.de) Danke!